



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Bremen-Stadt

Beschlüsse und überwiesene Anträge
UB-Parteitag, 22. Mai 2017

Beschlüsse:

- A 01 Kinderarmut wirksam reduzieren – Kindergrundsicherung in Regierungsprogramm 2017 – 2021 aufnehmen**
Antragssteller: Unterbezirksvorstand
- A 02 Herstellung der Waffengleichheit beim Kündigungsschutz**
Antragssteller: Jusos
- A 03 Bildungsverstärkungsbudget schon in 2017 für das neue Kindergarten- bzw. Schuljahr beginnen**
Antragssteller: AK Soziale Stadtentwicklung und Unterbezirksvorstand
- A 04 Investitionen in die Bildungsinfrastruktur – jetzt Weichen für die Mammutaufgabe stellen**
Antragssteller: AK Soziale Stadtentwicklung und Unterbezirksvorstand
- A 05 Fußgänger- und Fahrradverkehr**
Antragssteller: AG 60plus
- A 08 Parkhaus Mitte**
Antragssteller: Ortsverein Altstadt-Mitte
- A 09 Obdachlosenhilfe bedarfsgerecht weiterentwickeln**
Antragssteller: Ortsverein Peterswerder-Steintor
- A 10 Salafismus strukturell bekämpfen: Präventionsarbeit in Bremen stärken**
Antragssteller: Unterbezirksvorstand
- A 11 Ein Mahnmal der Schande in das Herz der Stadt pflanzen**
Antragssteller: Jusos
- A 12 Mehr Rückendeckung für die LGBTIQ-Community in Bremen – Zukunft des Rat&Tat-Zentrums sichern!**
Antragssteller: Jusos

A 13 Bargeldlose Bezahlung in öffentlichen Einrichtungen in Bremen für alle ermöglichen!
Antragssteller: Jusos

A 14 Eine Hüpfburg aus Beton - selbstorganisierte Freiräume schaffen!
Antragssteller: Jusos

A 15 Verlegung 18. Polizeirevier
Antragssteller: Ortsverein Gröpelingen

A 16 Recyclinghöfe
Antragssteller: Ortsverein Gartenstadt-Vahr

Anträge an den Bundesparteitag:

**A 01 Kinderarmut wirksam reduzieren – Kindergrundsicherung in
Regierungsprogramm 2017 – 2021 aufnehmen**
Antragssteller: Unterbezirksvorstand

A 02 Herstellung der Waffengleichheit beim Kündigungsschutz
Antragssteller: Jusos

Überweisung an SPD-Bürgerschaftsfraktion:

**A 12 Mehr Rückendeckung für die LGBTIQ-Community in Bremen – Zukunft des
Rat&Tat-Zentrums sichern!**
Antragssteller: Jusos

A 15 Verlegung 18. Polizeirevier
Antragssteller: Ortsverein Gröpelingen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Kinderarmut wirksam reduzieren –

5 Kindergrundsicherung in Regierungsprogramm 2017-2021 aufnehmen

10 Im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2017 ist die Einführung einer Kindergrundsicherung vorzusehen. Diese fasst die bisherigen kindbezogenen Geldleistungen (Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, SGB-II-Regelsätze für Minderjährige) in einer einheitlichen – durch Versteuerung oder sozial gestaffelten Zahlbetrag bedarfsgerechten – Zahlung zusammen.

Als Sofortmaßnahme wird die SPD ein sozial gestaffeltes, für die unteren und mittleren Einkommensgruppen deutlich erhöhtes Kindergeld einführen.

15

Darüber hinaus ist das finanzielle Engagement des Bundes für den Ausbau und die Qualität sozialer Infrastruktur für Kinder – über die im Rahmen der Neuregelung der Bund-Länder-Finzen als Möglichkeiten vorgesehenen Regelungen hinaus – zu verstärken.

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Herstellung der Waffengleichheit beim Kündigungsschutz

5

Die SPD-Bremen fordert, § 4 KSchG dahingehend zu ergänzen, dass die dreiwöchige Ausschlussfrist nur zu laufen beginnt, wenn der/die Arbeitnehmer*in über die Möglichkeit Kündigungsschutzklage zu erheben, das Arbeitsgericht, bei dem die Klage anzubringen ist, dessen Sitz und die einzuhaltende Frist schriftlich durch den Arbeitgebenden belehrt worden ist.

Bildungsverstärkungsbudget schon in 2017 für das neue Kindergarten- bzw. Schuljahr beginnen

5 Wir fordern den Senat auf, die vom Landesvorstand der SPD Bremens geforderten Maßnahmen des Bildungsverstärkungsbudgets für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 umzusetzen und bereits für das kommende Kindergarten- bzw. Schuljahr an unsere Kitas und Grundschulen zu beginnen.

10 Kitas und Grundschulen mit besonderen Herausforderungen (höhere Anforderungen an Sprachförderung, Elternarbeit, Stadtteil- und Umfeldvernetzung sowie Schulsozialarbeit) erhalten Unterstützung für die erhöhten Anforderungen. Sie sollen mit diesem Budget Unterstützung für Sprachförderung, Dolmetscher, Schulsozialarbeit Verstärkung für die Elternarbeit etc. erhalten können.

15

Bildungsverstärkungsbudget jetzt sichern

Wir fordern daher den Senat auf bereits für das neue Schul- bzw. Kindergartenjahr 2017/18 sowie im nächsten Doppelhaushalt für Grundschulen und für Kindergärten das Bildungsverstärkungsbudget zur Verfügung zu stellen. Wir fordern darüber hinaus die Senatorin für Kinder und Bildung auf, an den Grundschulen mit besonders starker Problemlage eine Stundenentlastung für die Lehrer*innen vorzunehmen, damit die vermehrten zeitlichen Belastungen abgegolten werden. Dies kann dazu beitragen, für diese Schulen überhaupt noch Personal zu gewinnen.

25 Wir fordern die Senatorin für Kinder und Bildung auf, in besonders belasteten Kitas zusätzliches Personal zur Verfügung zu stellen, damit die notwendige Entwicklung zu Kinder- und Familienzentren eingeleitet werden kann.

Programme gegen den Fachkräftemangel

30

Der Senat wird aufgefordert, schnellstmöglich Programme einzuleiten, die den Fachkräftebedarf der kommenden Jahre für Schulen und Kitas absichern.

Erhöhter Mitteleinsatz dringend erforderlich

35

Überschlägige Berechnungen gehen von einem Gesamtbedarf von bis zu 15 Mio. Euro zusätzlich pro Jahr für ein umfassendes Bildungsverstärkungsbudget für den zukünftigen Doppelhaushalt aus. Der Beginn einiger Elemente des Verstärkungsbudgets ist bereits im laufenden Haushalt zu Beginn des neunten Schuljahres unbedingt erforderlich. Dies betrifft insbesondere die additive Sprachförderung in Kitas und Schulen sowie die Personalverstärkung in Kitas und Schulen, die besonderen Herausforderungen zu bewältigen haben.

40

Investitionen in die Bildungsinfrastruktur – jetzt Weichen für die Mammutaufgabe stellen

1. Neubau und Komplettmodernisierung von Schulen und Kitas

- 5 Wir fordern den Senat und die Bremische Bürgerschaft auf schon heute sicherzustellen, dass ab 2020 zur Modernisierung und in den Neubau von Schulen mindestens 100 Mio. € pro Jahr investiert werden können.

- 10 Der Senat wird darüber hinaus aufgefordert noch in diesem Jahr die notwendigen Personalkapazitäten aufzubauen und Planungsmittel zur Verfügung zu stellen, damit die Planung für die Neubauten und für die Modernisierung der Schulen und Kitas so vorangetrieben werden kann, damit ab 2020 gebaut werden kann

2. Kindergärten

- 15 Wir fordern den Senat auf den Modernisierungsbedarf für Kindergärten festzustellen und noch in diesem Jahr die notwendigen Ressourcen, nach Bezifferung des Investitionsbedarfs und Beschluss über die jährlichen Mittel ab 2020, zur Verfügung zu stellen.

Die SPD fordert den Senat auf, dringend die Rechte und Belange der Fußgängerinnen und Fußgänger über die Maßnahmen des integrierten Verkehrskonzeptes hinaus klarzustellen und zu verankern.

5

Wir fordern konkret im Einzelnen zu prüfen:

- Kennzeichnung und Absicherung der Fahrradwege mit dem blauen Fahrradschild wo Benutzungspflicht erforderlich ist (Verkehrszeichen 237)

10

- Verstärkte Schutzmaßnahmen für Fußgänger in Fußgängerzonen und Grünanlagen, insbesondere in den Wallanlagen, dem Marktplatz und entsprechenden Einrichtungen in den Stadtteilen. Fußwege sind an geeigneten Stellen mit dem Gehwegschild (Verkehrszeichen 239) zu sichern.

15

- Der Bremer Marktplatz muss deutlich sichtbarer als bisher als Fußgängerzone (Verkehrszeichen 242.1) gekennzeichnet werden und zusätzlich mit den Schildern für ein Verbot des Fahrradverkehrs (Verkehrszeichen 254) für die Fußgänger gesichert werden.

20

- Vornahme bzw. Intensivierung polizeilicher Kontrollen in den Fußgängerzonen, insbesondere in der Innenstadt und auf dem Marktplatz sowie in den Wallanlagen, sowie zur Nutzung vorgegebener Fahrradwege insbesondere auch in den Hauptverkehrsstraßen in den Stadtteilen.

Wir fordern den Senat auf, bis zum Ende der Versuchsphase „Fußgängerzone Knochenhauerstraße“ ein Konzept zu erarbeiten mit dem Ziel:

- 5 ▪ die Einbeziehung der Carl-Ronning-Straße und der Knochenhauerstraße in eine autofreie Fußgängerzone mit dem seit langem geforderten „Rundlauf“;
- der Freilegung und Neugestaltung eines Teils der historisch gewachsenen Straßenstruktur der Altstadt, hier der Pelzerstraße und der Kleinen Hundestraße;
- 10 ▪ eine Option auf Parzellierung des Grundstücks.

15 Dazu wird es erforderlich sein, das Parkhauses Mitte zu schließen oder umzunutzen oder abzureißen und die tunnelartige Überbauung der Kleinen Hundestraße zu beseitigen.

Obdachlosenhilfe bedarfsgerecht weiterentwickeln

5 Schätzungsweise 600 Obdachlose leben im Bremer Stadtgebiet – Tendenz steigend. Während
Notunterkünfte einen vorübergehenden Schutzraum für einen Teil von ihnen bieten, bleibt der
Hälfte der Obdachlosen nur die Straße als Schlafplatz. Die Streetworkarbeit der Inneren Missi-
on ist bemüht, als Ansprech- und Hilfspartner zur Verfügung zu stehen, doch es fehlt an Res-
ourcen, um eine ausreichende Versorgung zu gewährleisten. Eine wachsende Herausforder-
10 ung entsteht durch die Zunahme osteuropäischer Obdachloser, die derzeit keinerlei Anspruch
auf finanzielle Unterstützung und medizinische Behandlungen haben.

Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt spricht sich dafür aus, die Obdachlosenhilfe bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

15 Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Ausweitung niedrigschwelliger me-
dizinischer Versorgungsangebote für Obdachlose einzusetzen. Konkret sollen die folgenden
Punkte aufgegriffen werden:

- 20 ▪ der Wegfall von Zuzahlungspflichten zu medizinischen Leistungen für von Obdachlo-
sigkeit Betroffene;
- der Zugang zu medizinischen Versorgungsangeboten gezielt für von Obdachlosigkeit
 betroffene Menschen, einschließlich der dauerhaft in Deutschland lebenden obdachlo-
 sen Ausländerinnen und Ausländer.

25 Der Unterbezirk fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, die Umsetzung der nachstehenden
Aspekte über die kommenden Haushalte der Stadtgemeinde Bremen in Kooperation mit den
relevanten Trägern der Obdachlosenhilfe sicherzustellen:

- 30 ▪ die Schaffung eines niedrigschwelligen, sich an der Lebenswirklichkeit der Betroffenen
 orientierenden, betreuten Wohnangebotes als Pilotprojekt verbunden mit der Möglich-
 keit, dieses bedarfsgerecht auszuweiten;
- die Schaffung eines Angebotes für in Bremen registrierte Obdachlose, an einem zentra-
35 len Ort ihr Hab und Gut sicher verstauen zu können;
- die Stärkung der Streetworkarbeit im Bereich der Obdachlosenhilfe.

Salafismus strukturell bekämpfen: Präventionsarbeit in Bremen stärken

5 Radikalisierung tritt in zahlreichen Formen auf und ist kein Phänomen des Islam. Islamistisch motivierte Straftaten stellen in Deutschland ein zahlenmäßig geringes Phänomen dar, die Zahl rechtsradikaler Straftaten beträgt rund das Hundertfache. Gleichzeitig konnten bei der Eindämmung salafistischer Radikalisierung, zumindest in Bremen, zuletzt Erfolge erzielt werden. Dennoch bleibt die Behandlung der Frage drängend, was junge Menschen dazu treibt, dem Hass zu folgen – schlimmstenfalls bis in
10 einen (vermeintlichen) Glaubenskrieg in einer Weltregion, in der sie selbst oft nie zuvor gewesen waren. Bei der Bekämpfung von salafistisch begründetem Menschenhass müssen wir als SPD an den Ursachen ansetzen.

Für uns ist dabei handlungsleitend:

15 Salafismus setzt wie andere Formen der Radikalisierung an der Instabilität und Beeinflussbarkeit junger Menschen in bestimmten Lebenslagen an. Dazu gehören:

- die für die Adoleszenzphase typische Identitäts- und Sinnsuche sowie der Protest gegen die eigenen, in der Regel nicht besonders religiösen Eltern,
- 20 ▪ die Erfahrung von Ausgrenzung, die Nicht-Erfüllung materieller Wünsche und in der Folge der Kontakt mit Kleinkriminalität,
- ein fortbestehendes Minderwertigkeitsgefühl und die Suche nach einem Leitbild, das vermeintlich eine Höherwertigkeit der eigenen Person mit sich bringt

25 In der Folge ist Salafismus nicht religiös motiviert, sondern wird lediglich religiös begründet. Sie ist auch keine Frage von Migrationshintergrund, wie führende salafistische Figuren wie Sven Lau und Pierre Vogel belegen.

30 Für uns als SPD ist Prävention das beste Mittel gegen Radikalisierung, weil sie frühzeitig ansetzt und weil sie Ursachen und nicht nur Symptome bekämpft.

Erfolgreiche Präventionsarbeit muss an die Lebenswelten junger Menschen anknüpfen. Das heißt konkret: Prävention braucht Netzwerke (Schulen, Jugendzentren, Familien, religiöse Gemeinden, informelle Treffpunkte, ...). Sie muss die Sprache der Jugendlichen sprechen, sich intensiv mit der Lebens- und Glaubensrealität der Jugendlichen auseinandersetzen und die jungen Menschen dort abholen, wo sie sind.

35

Deshalb werden wir eine engere Verzahnung aller involvierten Akteure vorantreiben. Wir bitten den Senat, eine Landeskoordinierungsstelle zur besseren Vernetzung der für
40 Präventionsarbeit benötigten Akteure – behördliche wie gesellschaftliche – zeitnah zu initiieren.

- 45 Darüber hinaus braucht Präventionsarbeit auch personelle Ressourcen. Wir begrüßen die Forderung von Senator Ulrich Mäurer und Senator Martin Günthner nach Aufstockung des Präventionsnetzwerks kitab auf 4 Stellen und fordern die SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senat auf, dies in den Haushaltsberatungen 2018/2019 umzusetzen.

Ein neuer Baustein in Bremens Erinnerungskultur: Arisierungsmahnmal zügig realisieren!

5 Wir begrüßen den Plan in Bremen ein Arisierungsmahnmal zu errichten und danken den Initiator*Innen dieser Idee. Das Mahnmal wäre ein Beitrag zur Aufarbeitung eines wichtigen Teils der Rolle Bremens – hier als Logistikstandort – in der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie.

10 Wir kritisieren das Verhalten von Kühne + Nagel, das über die jetzige Mahnmaldebatte hinaus unkooperativ und geschichtsvergessen wirkte. Zwar begrüßen wir es ausdrücklich, dass Kühne + Nagel inzwischen aktiv am Runden Tisch der Kulturbehörde teilnimmt und als Teil des Verbandes der Spediteure sowohl einen Aufarbeitungsprozess der Branchengeschichte als auch seine grundsätzliche Unterstützung für das Arisierungsmahnmal zugesagt hat. Dennoch bedauern wir, dass ein Betrieb die Chance verpasst hat, stellvertretend für die Logistikbranche Verantwortung zu übernehmen.

20 Dessen ungeachtet ist Erinnerungspolitik mehr als individuelle Schuldzuweisung, nämlich das Aufzeigen und das Bekenntnis zu historischer Schuld und zur bleibenden kollektiven Verantwortung. Daher ist ein Standort jenseits des Kühne + Nagel -Geländes erinnerungspolitisch richtig, solange er zentral liegt und ein würdevolles Umfeld bietet. Dafür ist der nunmehr gefundene Standort im Zentrum der Schlachte geeignet.

25 Wir fordern von allen Beteiligten, nach der nun erfolgten breiten Einigung zusammenzuarbeiten und eine zeitnahe künstlerische und bauliche Realisierung dieses für Bremens Erinnerungskultur wichtigen Mahnmals zu ermöglichen.

Mehr Rückendeckung für die LGBTIQ-Community in Bremen – Zukunft des Rat&Tat-Zentrums sichern!

- 5 Um das Fortbestehen des Rat&Tat-Zentrums zu sichern, fordern wir:
1. eine Erhöhung der Zuwendungen an das Rat&Tat-Zentrum um 38.000 € auf dann 190.000 € jährlich,
 2. die Erstellung eines festen Haushaltstitels spätestens ab dem nächsten Haushalt
 3. und eine Prüfung der Zuordnung zum Ressort Gesundheit mit dem Ziel einer
- 10 Überführung zum Ressort Soziales.

Überwiesen an SPD-Bürgerschaftsfraktion für die Haushaltsberatung 2018/2019.

UB-Parteitag, 22. Mai 2017

Bargeldlose Bezahlung in öffentlichen Einrichtungen in Bremen für alle ermöglichen!

- 5 Wir bitten den Senat zu prüfen: Die öffentlichen Einrichtungen und Behörden in Bremen, insbesondere das Bürgeramt, die BREPARK Parkhäuser und die Stadtbibliothek, sollen neben der „Girocard“ der Deutschen Kreditwirtschaft auch Karten akzeptieren die ausschließlich über eine „Maestro“ oder „V-Pay“ Funktion verfügen.

Eine Hüpfburg aus Beton“ - selbstorganisierte Freiräume schaffen!

- 5 Wir fordern die Stadt Bremen auf, die Voraussetzungen im Bebauungsplan und im Ausschreibungskonzept zu schaffen, um den Bunker an der Hans-Böckler-Straße an den Verein Zuckerwerk für die von ihm angestrebte kulturelle und gastronomische Nutzung zu verkaufen sowie für die Übergangszeit den Verein bei der Suche nach einem geeigneten Gebäude für eine Zwischennutzung zu unterstützen.

- Das 18. Polizeirevier ist im Zuge der neuen Polizeireform auf ein geeignetes Grundstück an die Gröpelinger Heerstraße zu verlegen. Dazu fordert der Unterbezirk den Senat und die SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft auf, im Haushalt 2018/19 die dazu
- 5 notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Überwiesen an SPD-Bürgerschaftsfraktion für die Haushaltsberatung 2018/2019.

UB-Parteitag, 22. Mai 2017

Im Rahmen der Rekommunalisierung der städtischen Entsorgung ist laut Koalitionsvertrag beabsichtigt, die 15 Recyclingstationen durch die mit diesen Aufgaben betraute Anstalt des öffentlichen Rechts (AÖR) von den jetzigen privaten Betreibern zu übernehmen.

Wir fordern,

1. dass die bestehenden Recyclingstationen zur Sicherung der umweltschonenden Entsorgung der Stadtregionen weiter betrieben werden,
2. dass das gegenwärtig dort beschäftigte Personal entsprechend den Vorschriften des § 613a BGB von der AÖR übernommen wird
3. dass der neue Betreiber den Umfang der zu entsorgenden und wieder zu verwendenden Wertstoffe planmäßig ausbaut und damit den Beitrag der Recyclingstationen beschäftigungswirksam fortführt
4. dass die Beiräte, in deren Zuständigkeitsbereich sich Recyclingstationen befinden, im Januar 2018 über den Fortgang der Übernahme der Recyclingstationen und deren beabsichtigte Weiterentwicklung mit dem Ziel informiert werden, eigene Vorschläge in den Prozess der Weiterentwicklung der Höfe einzubringen.

Daher wird die SPD-Bürgerschaftsfraktion gebeten, ein Konzept zu erarbeiten bzw. erarbeiten zu lassen, wie in der künftigen öffentlichen Eigentümerstruktur Recycling- und Beschäftigungseffekt der Recyclingstationen erhöht werden kann.